

Einführung einer streckenbezogenen Lkw-Gebühr auf Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland

TEILNAHMEWETTBEWERB

Informationsbroschüre

17. Dezember 1999

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme:

Donnerstag, 17. Februar 2000

Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind:

**Bundesamt für Güterverkehr
Stichwort "Lkw-Maut"
2. Stock, Zimmer Nr. 208
Werderstraße 34
D-50672 Köln**

INHALTSVERZEICHNIS

A	VORBEMERKUNGEN ZU DIESEN UNTERLAGEN	1
A.1	ZWECK UND STRUKTUR DER VORLIEGENDEN UNTERLAGE	1
A.2	PERSONENBEZOGENE BEZEICHNUNGEN	1
A.3	VERTRAULICHKEIT DER INFORMATION	1
A.4	EIGENTUMSÜBERGANG	1
B	ALLGEMEINE DARSTELLUNG DES VORHABENS	2
B.1	AUSGANGSSITUATION	2
B.2	BESCHREIBUNG DES VORHABENS	4
B.3	AUFGABEN DES AUFTRAGNEHMERS	5
B.4	RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN BETRIEB	6
B.5	RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	7
C	ALLGEMEINE HINWEISE UND INFORMATIONEN	8
C.1	ALLGEMEINE ANGABEN ZUM VERGABEVERFAHREN	8
C.2	ABLAUF DES VERGABEVERFAHRENS	9
C.3	ZEITLICHER RAHMEN DES VERGABEVERFAHRENS	10
C.4	AUFTRAGGEBER	10
C.5	VERGABEKAMMER	10
C.6	BERATER DES AUFTRAGGEBERS	11
C.7	FRAGEN ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB	11
D	HINWEISE ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB	12
D.1	EINREICHUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE	12
D.2	UNTERLAGEN ZUM TEILNAHMEANTRAG	12
D.3	RECHTSFORM DER BEWERBER	14
D.4	BEWERBUNG FÜR TEILLEISTUNGEN (LOSE)	14
D.5	WEITERGABE VON LEISTUNGEN AN UNTERAUFTRAGNEHMER	14
D.6	VERTRAULICHKEIT	15
D.7	AUSFÜHRUNGSORT	15
D.8	PROJEKTSPRACHE	15
D.9	AUFKLÄRUNGSPFLICHT	16
D.10	AUSSCHLUSS VOM VERGABEVERFAHREN	16
E	AUSWAHL DER BEWERBER, DIE ZUR ANGEBOTSABGABE AUFGEFORDERT WERDEN	17
F	HINWEISE ZU DEN FORMBLÄTTERN	18
F.0	VERZEICHNIS DER EINGEREICHTEN UNTERLAGEN - FORMBLATT F0	18
F.1	ÜBERSICHT ÜBER DEN BEWERBER - FORMBLATT F1	18
F.2	ANGABEN ZUM BEWERBER - FORMBLATT F2	18
F.3	REFERENZEN DES BEWERBERS/UNTERAUFTRAGNEHMERS - FORMBLATT F3	18
F.4	REFERENZEN DES FACHPERSONALS - FORMBLATT F4	19
F.5	ERKLÄRUNG DES BEWERBERS - FORMBLATT F5	19
F.6	ERKLÄRUNG DER BEWERBERGEMEINSCHAFT - FORMBLATT F6	19

ANLAGENVERZEICHNIS

Antrag auf Teilnahme		20
Formblatt F0	Verzeichnis der eingereichten Unterlagen	21
Formblatt F1	Übersicht über den Bewerber	22
Formblatt F2	Angaben zum Bewerber	23
Formblatt F3-A	Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers Projektmanagement, Projektabwicklung	24
Formblatt F3-B	Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers Projektfinanzierung	25
Formblatt F3-C	Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers Entwicklung Technischer Konzepte und Lösungen	26
Formblatt F3-D	Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers Entwicklung Organisatorischer Konzepte und Lösungen	27
Formblatt F3-E	Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers Betriebsorganisation, Betriebsführung	28
Formblatt F4-A	Referenzen des Fachpersonals Projektmanagement, Projektabwicklung	29
Formblatt F4-B	Referenzen des Fachpersonals Projektfinanzierung	30
Formblatt F4-C	Referenzen des Fachpersonals Entwicklung Technischer Konzepte und Lösungen	31
Formblatt F4-D	Referenzen des Fachpersonals Entwicklung Organisatorischer Konzepte und Lösungen	32
Formblatt F4-E	Referenzen des Fachpersonals Betriebsorganisation, Betriebsführung	33
Formblatt F5	Erklärung des Bewerbers	34
Formblatt F6	Erklärung der Bewerbergemeinschaft	35

A VORBEMERKUNGEN ZU DIESEN UNTERLAGEN

A.1 ZWECK UND STRUKTUR DER VORLIEGENDEN UNTERLAGE

Zweck der vorliegenden Informationsbroschüre ist es, interessierten Unternehmen einen Überblick über das geplante Vorhaben, die zu vergebenden Leistungen sowie den Ablauf des Vergabeverfahrens zu verschaffen. Ferner sind der Informationsbroschüre die für den Teilnahmewettbewerb gültigen Verfahrensregeln und die Angaben und Nachweise zu entnehmen, die für die Auswahl der Bewerber erforderlich sind.

Diese Informationsbroschüre regelt den Teilnahmewettbewerb. Der Auftraggeber behält sich vor, die in dieser Informationsbroschüre enthaltenen allgemeinen Informationen zum geplanten Vorhaben im weiteren Vergabeverfahren zu präzisieren, zu ergänzen oder abzuändern.

A.2 PERSONENBEZOGENE BEZEICHNUNGEN

Bei den in diesen Teilnahmeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit Bewerber bzw. Bieter sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften gemeint.

A.3 VERTRAULICHKEIT DER INFORMATION

Diese Informationsbroschüre und ihre Anlagen sowie die darin enthaltenen Informationen und alle weiteren vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen sind vom Empfänger vertraulich zu behandeln, soweit sie nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder ohne Mitwirkung des Empfängers bekannt werden.

A.4 EIGENTUMSÜBERGANG

Die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs von den Bewerbern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen usw. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über.

B ALLGEMEINE DARSTELLUNG DES VORHABENS

B.1 AUSGANGSSITUATION

Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, das bestehende System zur Erhebung einer zeitbezogenen Benutzungsgebühr für schwere Nutzfahrzeuge auf Bundesautobahnen vor Ende des Jahres 2002 aufzugeben und ein neues System zur Erhebung einer streckenbezogenen Benutzungsgebühr einzuführen.

Die derzeit durchgeführte Erhebung von zeitbezogenen Benutzungsgebühren erfolgt auf der Grundlage des Artikels 2 des "Gesetz zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen" (Autobahnbenutzungsgebührengesetz für schwere Nutzfahrzeuge – ABBG) vom 30. August 1994 (BGBl. II S. 1765). Das Übereinkommen wurde zwischen Belgien, Dänemark, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden auf der Grundlage der "Richtlinie 93/89/EWG des Rates vom 25. Oktober 1993 über die Besteuerung bestimmter Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung sowie die Erhebung von Maut- und Benutzungsgebühren für bestimmte Verkehrswege durch die Mitgliedstaaten" (ABl. EG Nr. L 279/32 vom 12. November 1993) abgeschlossen. Am 18. September 1997 trat Schweden dem Übereinkommen bei. Die Richtlinie 93/89/EWG wurde inzwischen durch die "Richtlinie 1999/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 1999 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge" (ABl. EG Nr. L 187/42 vom 20. Juli 1999) ersetzt.

Das ABBG schreibt vor, daß für die Benutzung der Autobahnen in Deutschland (derzeit rund 12.000 km) seit dem 01. Januar 1995 eine zeitbezogene Gebühr entrichtet werden muß. Als der Gebührenpflicht unterliegendes Fahrzeug im Sinne des Gesetzes gilt entsprechend der Richtlinie "ein Kraftfahrzeug oder eine Fahrzeugkombination, die ausschließlich für den Güterkraftverkehr bestimmt sind und deren zulässiges Gesamtgewicht mindestens 12 Tonnen beträgt." (Artikel 2 Spiegelstrich 4 der Richtlinie 93/89/EWG). Die Entrichtung der nach 2 Fahrzeugklassen (max. 3 bzw. min. 4 Achsen) differenzierten Gebühr wird durch eine Bescheinigung nachgewiesen.

Bei der Einziehung der Gebühren wird das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) von einem privaten Unternehmen unterstützt, das die Gebühren an den von ihm betriebenen Zahlstellen (rund 5.250 in Deutschland und im angrenzenden Ausland) entgegennimmt und dem Straßenbenutzer eine Bescheinigung über die Entrichtung der Gebühr aushändigt. Das BAG verwaltet als Kontroll- und Abrechnungsinstanz die erfaßten Daten und ist zudem die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständige Behörde.

Das jährliche Gebührenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland belief sich 1998 auf rund DM 805 Mio. brutto (Quelle: BAG). Die Anzahl der in- und ausländischen Fahrzeuge, für die im Jahr 1998 Benutzungsgebühren entrichtet wurden, betrug rund 1,2 Mio. schwere Lkw.

Die Umstellung des derzeitigen zeitbezogenen Gebührenerhebungssystems auf ein streckenbezogenes System setzt voraus, daß die Bundesrepublik Deutschland zuvor die Erhebung der zeitbezogenen Gebühr einstellt. Grundlage hierfür ist entweder die Kündigung des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 (Art. 18 des Übereinkommens) oder eine Einstellung der Gebührenerhebung (Art. 17 des Übereinkommens). Eine Einstellung der Gebührenerhebung nach Art. 17 des Übereinkommens ist neun Monate vorher schriftlich anzuzeigen; eine Kündigung nach Art. 18 des Übereinkommens kann mit einer Frist von neun Monaten zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden. Die flächendeckende Betriebsbereitschaft eines streckenbezogenen Gebührenerhebungssystems muß deshalb zum Einführungszeitpunkt punktgenau erreicht werden, um ansonsten eintretende Einnahmeausfälle des Bundes zu vermeiden.

B.2 BESCHREIBUNG DES VORHABENS

Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, das bestehende System der zeitbezogenen Benutzungsgebühren für schwere Lkw auf Bundesautobahnen vor Ende des Jahres 2002 durch ein System zur Erhebung einer streckenbezogenen Benutzungsgebühr zu ersetzen. Damit soll eine verursachergerechtere Anlastung der Wegekosten und die Schaffung von Anreizen zur wirtschaftlicheren Ausnutzung der Transportkapazitäten durch eine öffentlich-rechtliche Gebühr im Sinne des Art. 74 Abs. 1 Nr. 22 GG erreicht werden. Die Einführung einer streckenbezogenen Benutzungsgebühr soll zudem die Verwirklichung verkehrs- und umweltpolitischer Ziele unterstützen. Die Errichtung von traditionellen Mautstationen mit baulichen Einrichtungen an Autobahnquerschnitten, Autobahnauffahrten oder Autobahnabfahrten ist nicht vorgesehen. Die Erhebung soll vielmehr ohne Eingriff in den Verkehrsfluß, d. h. ohne Fahrstreifenbindung und ohne Geschwindigkeitsbeschränkung, erfolgen.

Die Erhebung der Gebühren soll weitgehend automatisch erfolgen. Zur Erfüllung des europarechtlichen Nichtdiskriminierungsgebotes ist parallel zur automatischen Erhebung eine alternativ für den Benutzer zur Verfügung stehende manuelle Erhebung in Form eines Buchungssystems (Duales Erhebungssystem) vorgesehen. In der Aufforderung zur Angebotsabgabe werden Nebenangebote, die ein anderes diskriminierungsfreies System anbieten, ausdrücklich zugelassen werden.

Die Gebührenhöhe soll nach bestimmten Kriterien differenziert werden (vgl. B.4).

Die Kontrolle der ordnungsgemäßen Gebührenerhebung soll als Stichprobenkontrolle durchgeführt werden. Zur Aufklärung nicht eindeutiger Ergebnisse der automatischen Kontrolle und zur unmittelbaren Durchsetzung von Gebührenansprüchen ist eine Kontrolle durch Anhalten des Fahrzeuges vorgesehen. Zur Unterstützung dieser manuellen Kontrolle hat die automatische Kontrolle die Aufgabe, eine Vorauswahl zu ermöglichen. Der Schnittstelle zwischen der automatischen und der manuellen Kontrolle kommt im Hinblick auf die mit der Kontrolle insgesamt zu gewährleistende Systemintegrität eine besondere Bedeutung zu.

Um das Innovationspotential des Marktes auszuschöpfen, werden keine Festlegungen für die einzusetzende Technologie getroffen werden. Es soll vielmehr dem Bieter überlassen werden, ein Gesamtkonzept vorzuschlagen und nachzuweisen, daß damit die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe festzulegenden funktionalen Anforderungen unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingungen technisch, organisatorisch und wirtschaftlich am besten erfüllt werden.

Der Auftraggeber erwägt, die Integration von Telematikdiensten und sonstigen Dienstleistungen für Dritte ("Mehrwertdienste") in das Gebührenerhebungssystem zuzulassen. Ob solche Dienste zugelassen werden, bleibt einer späteren Entscheidung des Auftraggebers vorbehalten.

B.3 AUFGABEN DES AUFTRAGNEHMERS

Mit Ausnahme der genuin hoheitlichen Aufgaben, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung der Kontrolle ergeben, sollen alle mit der Planung, der Errichtung und dem Betrieb eines solchen Systems verbundenen Leistungen dem Auftragnehmer übertragen werden. Dies gilt auch für die Finanzierung des Vorhabens, die in Form einer Projektfinanzierung erfolgen soll. Dabei wird der Auftragnehmer die Planung und die Errichtung des Gesamtsystems selbst finanzieren und erst während der Betriebsphase eine leistungsabhängige Vergütung erhalten. Dazu werden Parameter zur Bewertung der Leistung vereinbart werden.

Der Auftragnehmer soll für den Auftraggeber eine öffentlich-rechtliche Gebühr einziehen. Von den Straßenbenutzern kann der Auftragnehmer für seine Tätigkeit deshalb keine Vergütung verlangen. Der Auftragnehmer wird seine Vergütung vom Auftraggeber erhalten.

Es ist geplant, den Vertrag zur Erbringung der Leistungen für eine Laufzeit von ca. 12 Jahren abzuschließen. Es ist vorgesehen, mit dem Auftragnehmer in diesem Vertrag Optionen zu vereinbaren, welche vor dem Ende der Vertragslaufzeit die Zulassung weiterer Betreiber ermöglichen und/oder dem Auftraggeber die Übernahme des Gesamtsystems einräumen.

Für alle mit dem Betrieb des Erhebungssystems verbundenen Aufgaben wird eine Organisationsstruktur zu planen, aufzubauen und zu finanzieren sein, die die Transparenz und Akzeptanz des Gesamtsystems sicherstellt. Zu den Aufgaben, die während des Betriebs für die gesamte Vertragslaufzeit durchzuführen sein werden, gehören u. a. die technische und kaufmännische Betriebsführung, die Unterhaltung und die Erneuerung der technischen Einrichtungen für die Erhebung und die Kontrolle, die Abwicklung der Vertragsgeschäfte und des Zahlungsverkehrs sowie die Dokumentation und Weiterleitung aller Daten, die für die Abrechnung mit dem Auftraggeber und die damit verbundenen Prüfungsaufgaben des Auftraggebers erforderlich sind, aber auch von Daten, die für die Verkehrsbeobachtung des Auftraggebers nützlich sein können.

Die Teilnahme an der automatischen Gebührenerhebung durch alle interessierten Benutzer muß mit Aufnahme des Betriebs des Gesamterhebungssystems gewährleistet sein. Dazu muß der Auftragnehmer rechtzeitig vor Betriebsaufnahme und während des gesamten Betriebs Fahrzeuggeräte an den geplanten Service- und Verkaufsstellen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellen.

Die Wahl der zu akzeptierenden Zahlungsmittel wird vom Auftragnehmer im Rahmen der deutschen und der europäischen Rechtsvorschriften und unter Berücksichtigung größtmöglicher Nutzerakzeptanz festzulegen sein. Dabei wird auch die Integration zukünftiger, europaweit interoperabler Zahlungsoptionen zu berücksichtigen sein.

Das Gebührenerhebungssystem und seine Serviceeinrichtungen werden unterbrechungsfrei rund um die Uhr zu betreiben sein.

B.4 RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN BETRIEB

Neben der Erfüllung der funktionalen Anforderungen werden bei der Realisierung und dem Betrieb des Gesamtsystems folgende Aspekte zu berücksichtigen sein, die sich aus verkehrspolitischen Vorgaben, dem rechtlichen Rahmen sowie technischen und wirtschaftlichen Grundsätzen ergeben:

Der freie Zugang zum Bundesautobahnnetz darf durch das Gebührenerhebungssystem weder für die der Gebührenpflicht unterliegenden Verkehrsteilnehmer noch für andere Verkehrsteilnehmer behindert werden. Insbesondere wird die Verkehrssicherheit zu gewährleisten sein. Sie darf weder durch Einrichtungen des Gebührenerhebungssystems noch durch deren Betrieb in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden. Die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes darf durch das Gebührenerhebungssystem und die damit verbundene Kontrolle nicht eingeschränkt werden.

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des nichtzahlungspflichtigen Verkehrs werden Erhebungs- und Kontrollsystem eindeutig zwischen Fahrzeugen, die der Gebührenpflicht unterliegen, und solchen, die der Gebührenpflicht nicht unterliegen, zu unterscheiden haben. Die technischen und organisatorischen Lösungen für das Gesamtsystem müssen den Belangen des Datenschutzes Rechnung tragen.

Das Erhebungs- und Kontrollsystem wird eine Flexibilisierung der Gebühren durch eine umfassende Differenzierung gebührenbestimmender, insbesondere ortsbezogener und fahrzeugspezifischer Parameter zu ermöglichen haben.

Bei der Umsetzung technischer Konzepte sind die anerkannten Regeln der Technik sowie einschlägige Normen und Vorschriften zu beachten.

B.5 RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die in Deutschland und der Europäischen Union jeweils gültigen bzw. anzuwendenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind einzuhalten.

Insbesondere werden folgende Vorschriften zu berücksichtigen sein:

- **Richtlinie 1999/62/EG**

Das Gebührenerhebungssystem hat dem europarechtlichen Rahmen, insbesondere der Richtlinie 1999/62/EG (ABl. EG Nr. L 187/42 vom 20. Juli 1999), zu genügen.

- **Autobahnmautgebührengesetz**

Die Erhebung einer streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühr für schwere Nutzfahrzeuge bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Der Gesetzgeber wird rechtzeitig ein entsprechendes Autobahnmautgebührengesetz erlassen.

- **Datenschutz**

Das Gebührenerhebungssystem hat den Belangen des Datenschutzes, insbesondere dem Bundesdatenschutzgesetz (BGBl. 1990 I S. 2954, mit späteren Änderungen) und der Datenschutzrichtlinie 95/46/EG (ABl. EG Nr. L 281/31 vom 23. November 1995) zu genügen.

C ALLGEMEINE HINWEISE UND INFORMATIONEN

C.1 ALLGEMEINE ANGABEN ZUM VERGABEVERFAHREN

Die vorgenannten Leistungen werden als einheitlicher Dienstleistungsauftrag in einem mehrstufigen Verhandlungsverfahren mit vorhergehendem Teilnahmewettbewerb nach den Vorschriften des Abschnittes 2 der Verdingungsordnung für Leistungen, Teil A (VOL/A) vergeben. Ziel des Vergabeverfahrens ist der Abschluß eines einheitlichen, den gesamten Leistungsumfang umfassenden Vertrages mit dem Bieter, der im Verhandlungsverfahren den Zuschlag erhält.

Im Rahmen des Angebotes ist das vorgesehene Konzept für ein Gesamterhebungssystem (mit Kontrollsystem) prüffähig, d. h. verständlich, vollständig, widerspruchsfrei und konsistent darzustellen. Die Erfüllung der Anforderungen an das Gesamtsystem wird im Rahmen der Prüfung der Angebote sowohl theoretisch als auch praktisch nachzuweisen sein. Das angebotene Gesamtsystem soll in vorgeschalteten Praxistests, die nicht vergütet werden, in der Realität auf seine Funktionssicherheit und Leistungsfähigkeit getestet werden. Von den Bietern wird im Angebot insbesondere darzulegen sein:

- daß die zur Umsetzung des Mautkonzeptes erforderlichen technischen und organisatorischen Einrichtungen für das gesamte Erhebungs- und Kontrollsystem in der vorgegebenen Zeit geliefert, installiert und in Betrieb genommen werden können,
- daß die Finanzierung des Projektes gesichert ist und
- daß ein zuverlässiger Betrieb des Systems flächendeckend und auf Dauer gewährleistet ist.

C.2 ABLAUF DES VERGABEVERFAHRENS

Der Auftraggeber sieht im wesentlichen den nachfolgend dargestellten Ablauf des Vergabeverfahrens vor:

1. Stufe: Teilnahmewettbewerb

Im Teilnahmewettbewerb werden aufgrund der in der Bekanntmachung des Vergabeverfahrens bzw. dieser Informationsbroschüre genannten Kriterien diejenigen Bewerber ausgewählt, die zur Abgabe von Angeboten und zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren aufgefordert werden.

2. Stufe: Aufforderung zur Abgabe von Angeboten und formale Prüfung

In der zweiten Stufe des Verfahrens werden die im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber aufgefordert, vollständige Angebote für die zu vergebenden Leistungen abzugeben. Die Aufforderung zur Abgabe von Angeboten wird eine funktionale Beschreibung der zu erbringenden Leistungen, die Mindestanforderungen in bezug auf die geforderten Leistungen, weitergehende Anforderungen in bezug auf die geforderten Leistungen, die wesentlichen Vertragsbedingungen für den Auftrag sowie die Bewertungskriterien enthalten.

Die abgegebenen Angebote werden auf Erfüllung der formalen Anforderungen geprüft. Angebote, die die formalen Anforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

3. Stufe: Inhaltliche Prüfung der Angebote

Die verbleibenden Angebote werden einer inhaltlichen Prüfung unterzogen. Dazu kann es wegen der funktionalen Beschreibung der Anforderungen erforderlich werden, von den Bietern ergänzende theoretische Nachweise auf der Basis des Grundsatzes der Gleichbehandlung aller Bieter zu verlangen. Unter Berücksichtigung dieser ergänzenden Nachweise werden daraufhin die Angebote nach in der Angebotsaufforderung genannten Kriterien bewertet und entsprechend gereiht.

Angebote, die schon in dieser Stufe die Mindestanforderungen in bezug auf die geforderten Leistungen nicht erfüllen, werden ausgeschieden.

4. Stufe: Praktische Erprobung

Von den verbleibenden Angeboten werden, wenn möglich, mindestens die beiden erstgereihten Angebote aus der 3. Stufe des Verfahrens einer praktischen Erprobung unter realitätsnahen Bedingungen unterzogen.

Bieter, die während der praktischen Erprobung ihrer Systeme die Erfüllung der Mindestanforderungen in bezug auf die geforderten Leistungen nicht nachweisen können, werden ausgeschieden.

5. Stufe: Vertragsverhandlungen

Nach der praktischen Erprobung werden die verbliebenen Bieter aufgefordert, ihr Angebot zu präzisieren („endgültiges Angebot“). Der Auftraggeber wird diese endgültigen Angebote daraufhin bewerten, welches Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände das wirtschaftlichste ist. Der Bieter, der das wirtschaftlichste Angebot eingereicht hat, wird bevorzugter Bieter („preferred bidder“). Mit dem bevorzugten Bieter werden Vertragsverhandlungen mit dem Ziel der Erteilung des Zuschlags geführt. Sollten diese Verhandlungen nicht zum Zuschlag führen, werden die Verhandlungen mit dem nächstbesten Bieter aufgenommen.

C.3 ZEITLICHER RAHMEN DES VERGABEVERFAHRENS

Absendung der Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften	17. Dezember 1999
Einreichung der Teilnahmeanträge bis zum	17. Februar 2000
Versand der Angebotsaufforderung	voraussichtlich Mai 2000
Angebotsfrist	6 Monate
Bindefrist	wird in der Aufforderung zur Angebotsabgabe festgelegt
Geplante Inbetriebnahme des Gesamtsystems	vor Ende des Jahres 2002

C.4 AUFTRAGGEBER

Die Ausschreibung erfolgt im Namen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW)
Invalidenstraße 44
D-10115 Berlin

C.5 VERGABEKAMMER

Bundeskartellamt
Vergabekammer des Bundes
Kaiser-Friedrich-Straße 16
D-53113 Bonn

C.6 BERATER DES AUFTRAGGEBERS

Der Auftraggeber wird beraten durch die

Beratergruppe Lkw-Maut (BLM)
c/o TÜV InterTraffic GmbH
Am Grauen Stein
D-51105 Köln

Die Beratergruppe Lkw-Maut ist eine Arbeitsgemeinschaft der Unternehmen:

TÜV InterTraffic GmbH
Deringer Tessin Herrmann & Sedemund Rechtsanwälte
PricewaterhouseCoopers Corporate Finance Beratung GmbH
ILF Beratende Ingenieure ZT Gesellschaft mbH
ISIS S.A.

C.7 FRAGEN ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB

Fragen der Bewerber zum Teilnahmewettbewerb sind schriftlich - auch per Telefax - zu richten an:

Beratergruppe Lkw-Maut (BLM)
c/o TÜV InterTraffic GmbH
Am Grauen Stein
D-51105 Köln
Telefax-Nr.: +49/221/806-1736

Fragen, die der Beratergruppe Lkw-Maut nicht **schriftlich bis zum 3. Februar 2000** vorliegen, werden nicht berücksichtigt.

Die Antworten auf Fragen zum Teilnahmewettbewerb werden allen Unternehmen, die diese Informationsbroschüre angefordert haben (siehe Ziffer 12. der Bekanntmachung), schriftlich zugeleitet.

D HINWEISE ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB

D.1 EINREICHUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE

Teilnahmeanträge sind bis Donnerstag, 17. Februar 2000, 24:00 Uhr bei dem

Bundesamt für Güterverkehr (BAG)
Stichwort "Lkw-Maut"
2. Stock, Zimmer Nr. 208
Werderstraße 34
50672 Köln
Telefon-Nr.: +49/221/5776-156
Telefax-Nr.: +49/221/5776-105 oder +49/221/5776-106

in der gemäß D.2 vorgesehenen Form einzureichen.

Das BAG ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des BMVBW.

D.2 UNTERLAGEN ZUM TEILNAHMEANTRAG

Dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Übersicht über den Bewerber (Formblatt F1).
2. Angaben zum Bewerber (Formblatt F2).
3. Angabe von maximal drei Referenzprojekten zu den wesentlichen, für die vorgesehene oder eine vergleichbare Leistung relevanten Aufgabengebieten aus den letzten drei Jahren (Formblatt F3).
4. Angabe von Referenzprojekten für ausgewähltes Fachpersonal des Bewerbers aus den letzten drei Jahren (Formblatt F4).
5. Erklärung des Bewerbers (Formblatt F5).
6. Erklärung der Bewerbergemeinschaft (Formblatt F6).
7. Darstellung gesellschaftsrechtlicher Beziehungen (verbundene Unternehmen, Beteiligungen) mit Angabe der Anteilsverhältnisse.
8. Testierte Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre (einschließlich Bestätigungsvermerk).
9. Qualifizierte Bankauskunft.
10. Kopie des aktuellen Handelsregisterauszuges oder eines entsprechenden Firmenregisterauszuges.

11. Bescheinigungen der zuständigen Stellen, daß das Unternehmen seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben erfüllt hat, oder entsprechende eidesstattliche Erklärung, sofern die Nachweise durch diese Stellen nicht möglich sind.
12. Bescheinigungen der zuständigen Stellen, daß das Unternehmen seine Verpflichtungen zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung einschließlich der Beiträge zur Berufsgenossenschaft erfüllt hat oder entsprechende eidesstattliche Erklärung, sofern die Nachweise durch diese Stellen nicht möglich sind.
13. Nachweis über etablierte Qualitätsmanagement-Systeme z. B. durch bestehende Zertifizierungen.
14. Lebensläufe des im Formblatt F4 genannten Fachpersonals des Bewerbers (auf maximal zwei A4 Seiten pro Person, formlos).
15. Liste der wesentlichen in den letzten fünf Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen und privaten Auftraggeber.
16. Darstellung des für das in Rede stehende Vorhaben derzeit geplanten Prozeßablaufes und der Projektorganisation bis zum erwarteten Zuschlag mit Angabe der Zuständigkeiten (formlos).
17. Ggf. weitere, aus Sicht des Bewerbers wesentliche Angaben (maximal fünf A4 Seiten).

Die Angaben, Nachweise und Erklärungen nach den Punkten 2 bis 5 und 7 bis 15 sind von allen Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft beizubringen. Dies gilt auch für mögliche Unterauftragnehmer mit Ausnahme des Punktes 5.

Bezüglich der Formblätter wird auf die Anweisungen in Abschnitt F dieser Informationsbroschüre verwiesen.

Die Formblätter und Erklärungen sind an den dafür vorgesehenen Stellen rechtsverbindlich zu unterschreiben.

Der Antrag auf Teilnahme gemäß dem beigefügten Formular ist mit den geforderten Anlagen in dreifacher Ausfertigung (Original und zwei Kopien) einzureichen.

Es werden nur solche Teilnahmeanträge berücksichtigt, die sämtliche unter den vorstehenden Punkten 1-17 aufgelisteten Formblätter und sonstigen Unterlagen enthalten und rechtzeitig bei der unter D.1 angeführten Adresse eingehen.

D.3 RECHTSFORM DER BEWERBER

Zum Teilnahmewettbewerb werden Einzelunternehmen oder Bewerbergemeinschaften (Konsortien) zugelassen. Bewerbergemeinschaften müssen gesamtschuldnerisch haften und einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen. Eine Änderung der Zusammensetzung einer Bewerbergemeinschaft bedarf der Zustimmung des Auftraggebers.

Bewerber können sowohl in der Rechtsform einer Personengesellschaft als auch in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft auftreten.

Der Auftraggeber beabsichtigt, den Auftragnehmer im Falle des Zuschlags zu verpflichten, für die Ausführung der Leistungen eine Projektgesellschaft zu gründen.

Die Beteiligung von Unternehmen an mehr als einer Bewerbergemeinschaft ist unzulässig und führt zum Ausschluß aller betroffenen Bewerbergemeinschaften vom Vergabeverfahren.

D.4 BEWERBUNG FÜR TEILLEISTUNGEN (LOSE)

Eine Aufteilung der zu vergebenden Leistungen in einzelne, getrennt zu vergebende Lose ist aufgrund der Komplexität des Gesamtauftrages und der für den Auftrag vorgesehenen Projektfinanzierung nicht zweckmäßig. Deshalb werden Teilnahmeanträge, die sich nur auf Teile der Gesamtleistung beziehen, bei der Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nicht berücksichtigt.

D.5 WEITERGABE VON LEISTUNGEN AN UNTERAUFTRAGNEHMER

Die Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer ist auf der Grundlage der Vertragsbedingungen für den Hauptauftragnehmer grundsätzlich zulässig. Es wird jedoch erwartet, daß die wesentlichen Aufgaben innerhalb des Projektes vom Hauptauftragnehmer erbracht werden.

Der Auftraggeber beabsichtigt, den Auftragnehmer zu verpflichten, bestimmte Liefer- und Bauleistungen, die Bestandteil des Gesamtauftrages sind, im Wettbewerb von Dritten erbringen zu lassen.

D.6 VERTRAULICHKEIT

Im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller interessierten Unternehmen bzw. Bewerber sowie deren Berater ist es nicht gestattet, zusätzliche oder vertrauliche Informationen über das Vorhaben sowie das Ausschreibungsverfahren vom Auftraggeber, dem Bundesamt für Güterverkehr oder den Beratern des Auftraggebers zu erlangen oder zu nutzen. Ausgenommen davon sind Informationen, die öffentlich zugänglich sind oder allen interessierten Unternehmen bzw. Bewerbern im Rahmen dieses Teilnahmewettbewerbs durch den Auftraggeber oder dessen Berater zugänglich gemacht werden.

Es ist interessierten Unternehmen bzw. Bewerbern und deren Beratern ausdrücklich nicht gestattet, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Themen im Zusammenhang mit dem Vorhaben oder mit dem Vergabeverfahren - mit Ausnahme der Fragen zum Teilnahmewettbewerb nach C.7 - mit dem Auftraggeber, dem Bundesamt für Güterverkehr oder den Mitgliedern der Beratergruppe Lkw-Maut (siehe C.6) zu erörtern.

D.7 AUSFÜHRUNGORT

Das System zur Erhebung und Kontrolle einer streckenbezogenen Gebühr für schwere Lkw auf Autobahnen in Deutschland ist für das gesamte deutsche Autobahnnetz zu errichten und zu betreiben. Der Auftraggeber beabsichtigt darüber hinaus, in der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten vorzusehen, daß in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in anderen Nachbarländern, die an die Bundesrepublik Deutschland angrenzen, eine hinreichende Zahl von Stellen einzurichten ist, an denen die Benutzer die Gebühr entrichten oder Fahrzeuggeräte für die Teilnahme an der automatischen Gebührenerhebung erhalten können.

D.8 PROJEKTSPRACHE

Die Projektsprache ist Deutsch. Sämtliche Schriftstücke (Unterlagen, Korrespondenz) sind in deutscher Sprache zu verfassen.

D.9 AUFKLÄRUNGSPFLICHT

Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags verpflichten sich die Bewerber, gegebenenfalls dem Auftraggeber bzw. den in seinem Auftrag handelnden Stellen alle für die Beurteilung des Antrages notwendigen zusätzlichen Auskünfte kurzfristig zu erteilen.

D.10 AUSSCHLUSS VOM VERGABEVERFAHREN

Der Auftraggeber behält sich vor, Bewerber vom Vergabeverfahren auszuschließen,

- die zusätzliche Auskünfte verweigern bzw. nicht fristgerecht oder nicht vollständig erteilen;
- die die Geheimhaltungsverpflichtung (siehe A.3) bewußt und schwerwiegend verletzen;
- die ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers gegen die in D.6 aufgestellten Vertraulichkeitsregeln verstoßen.

E AUSWAHL DER BEWERBER, DIE ZUR ANGEBOTSABGABE AUFGEFORDERT WERDEN

Die Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen, werden unter den Gesichtspunkten der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit ausgewählt (vgl. § 97 Abs. 4 GWB). Der Auftraggeber legt insbesondere Wert auf den Nachweis möglichst umfassender Erfahrungen bei der Aufstellung von Mautkonzepten oder Konzepten vergleichbar komplexer Systeme und deren Umsetzung unter Berücksichtigung finanzieller, organisatorischer, technischer und rechtlicher Aspekte. Weiterhin sind Erfahrungen mit der Durchführung und Aufrechterhaltung des störungsfreien und wirtschaftlichen Betriebes von Systemen nachzuweisen, die mit einem künftigen Lkw-Mautgebührensysteem vergleichbar sind. Auf D.2 wird hingewiesen.

Es werden drei bis acht Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Die nicht berücksichtigten Bewerber werden schriftlich benachrichtigt.

F HINWEISE ZU DEN FORMBLÄTTERN

Die Formblätter F0 bis F6 sind nach Maßgabe der nachfolgenden Hinweise vollständig auszufüllen und, soweit vorgesehen, rechtsverbindlich unterschrieben mit dem Antrag auf Teilnahme einzureichen.

F.0 VERZEICHNIS DER EINGEREICHTEN UNTERLAGEN - FORMBLATT F0

Zur Übersicht über die vom Bewerber eingereichten Unterlagen ist das Formblatt F0 (Verzeichnis der eingereichten Unterlagen) auszufüllen. Es ist jeweils die Anzahl der eingereichten Formblätter, der sonstigen Unterlagen und der Anlagen sowie die Gesamtzahl der Seiten einzutragen.

F.1 ÜBERSICHT ÜBER DEN BEWERBER - FORMBLATT F1

Das Formblatt ist gegebenenfalls durch Beiblätter und eine graphische Darstellung der Struktur des Bewerbers zu ergänzen.

F.2 ANGABEN ZUM BEWERBER - FORMBLATT F2

Sind für die Erbringung der Leistungen mehrere Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft und/oder Unterauftragnehmer vorgesehen, so sind die Angaben von jedem der beteiligten Unternehmen und/oder Unterauftragnehmer zu machen.

F.3 REFERENZEN DES BEWERBERS/UNTERAUFTRAGNEHMERS - FORMBLATT F3

In den Formblättern F3-A bis F3-E sind vom Bewerber ausgewählte Referenzprojekte in den Fachbereichen

- Projektmanagement, Projektabwicklung
- Projektfinanzierung
- Entwicklung Technischer Konzepte und Lösungen
- Entwicklung Organisatorischer Konzepte und Lösungen
- Betriebsorganisation, Betriebsführung

anzugeben. Die jeweiligen Auftraggeber sind mit Namen und Anschrift zu bezeichnen. Zu jedem ausgewählten Referenzprojekt ist vom Bewerber zu erläutern, warum dieses Projekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Bewerbers darstellt.

F.4 REFERENZEN DES FACHPERSONALS - FORMBLATT F4

Im Formblatt F4 sind vom Bewerber für namentlich genannte Mitarbeiter ausgewählte Referenzprojekte in den Fachbereichen

- Projektmanagement, Projektabwicklung
- Projektfinanzierung
- Entwicklung Technischer Konzepte und Lösungen
- Entwicklung Organisatorischer Konzepte und Lösungen
- Betriebsorganisation, Betriebsführung

anzugeben. Die jeweiligen Auftraggeber sind mit Namen und Anschrift zu bezeichnen. Es wird erwartet, daß der Bewerber in seinem Teilnahmeantrag zu jedem dieser Fachbereiche mehrere Mitarbeiter, welche im Auftragsfall für die Auftragsbearbeitung zur Verfügung stehen sollen, namentlich benennt. Für maximal 5 dieser im Teilnahmeantrag namentlich genannten Personen sind jeweils maximal 3 ausgewählte Referenzen anzugeben. Es ist zu erläutern, warum gerade diese Referenz ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit dieses Mitarbeiters im Hinblick auf die in diesem Teilnahmewettbewerb gestellte Aufgabe darstellt.

Die Formblätter F4-A bis F4-E sind vom Bewerber je nach Bedarf zu vervielfältigen.

F.5 ERKLÄRUNG DES BEWERBERS - FORMBLATT F5

Das Formblatt F5 ist von allen Bewerbern, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied, vollständig auszufüllen und rechtsverbindlich unterschrieben mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

F.6 ERKLÄRUNG DER BEWERBERGEMEINSCHAFT - FORMBLATT F6

Das Formblatt F6 ist nur von Bewerbergemeinschaften vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

Name und Anschrift des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft

Ort, Datum

Telefon, Telefax

Bundesamt für Güterverkehr (BAG)

Stichwort "Lkw-Maut"

2. Stock, Zimmer Nr. 208

Werderstraße 34

D-50672 Köln

Antrag auf Teilnahme

an dem Vergabeverfahren hinsichtlich der Einführung und des Betriebes eines Systems zur Erhebung streckenbezogener Gebühren für die Benutzung der Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland durch schwere Nutzfahrzeuge.

Bestandteile unseres Antrages sind die im Formblatt F0 aufgeführten Unterlagen.

Wir sind uns bewußt, daß wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen unseren Ausschluß vom Vergabeverfahren zur Folge haben können.

Name des Unternehmens

Ort, Datum

Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: Die Formblätter F5 und F6 (soweit zutreffend) sind ebenfalls rechtsverbindlich zu unterschreiben!

Formblatt F1

Übersicht über den Bewerber

Die Teilnahme erfolgt als:

Einzelunternehmen

Bewerbergemeinschaft

Falls zutreffend, Name der Bewerbergemeinschaft: _____

unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Status *)	Name des Unternehmens	Aufgabe innerhalb des Projektes
1. _____	_____	_____
2. _____	_____	_____
3. _____	_____	_____
4. _____	_____	_____
5. _____	_____	_____
6. _____	_____	_____
7. _____	_____	_____
8. _____	_____	_____
9. _____	_____	_____

***) Status des Unternehmens:**

- EB = Einzelbewerber
- BV = Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- MB = Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- UA = Unterauftragnehmer

Formblatt F2

Angaben zum Bewerber

(auch von jedem Mitglied einer Bergergemeinschaft und jedem Unterauftragnehmer auszufüllen)

1. Aufgabe innerhalb des Projektes:

2. Vollständige Bezeichnung des Unternehmens:

3. Rechtsform des Unternehmens:

4. Angaben zu verbundenen Unternehmen:

(ggf. Organigramm beilegen!)

5. Firmenanschrift:

Straße	_____	Postfach	_____
PLZ	_____	PLZ	_____
Ort	_____		
Land	_____		
Telefon	_____	Telefax	_____
E-Mail	_____		

6. Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter:

(bezogen auf die Aufgaben innerhalb des Projektes)

7. Umsätze der letzten 3 Jahre:

(bezogen auf die Aufgaben innerhalb des Projektes)

1998	_____
1997	_____
1996	_____

8. Verfügt das Unternehmen über ein Qualitätsmanagement-System?

Nachweis durch Zertifikat

(Zertifizierungsstelle/Zertifizierungsgrundlage)

/

(zertifiziert am / Zertifikat gültig bis)

oder

anderer Nachweis eines etablierten Qualitätsmanagement-Systems:

Formblatt F3-A

Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers

Fachbereich:

Projektmanagement, Projektabwicklung

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Projekt 1	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____ davon Bewerber/ Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 2	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____ davon Bewerber/ Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 3	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____ davon Bewerber/ Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Bewerbers darstellt!*

Formblatt F3-B

Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers

Fachbereich:

Projektfinanzierung

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Projekt 1	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 2	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 3	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Bewerbers darstellt!*

Formblatt F3-C

Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers

Fachbereich:

Entwicklung Technischer Konzepte und Lösungen

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Projekt 1	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 2	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 3	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Bewerbers darstellt!*

Formblatt F3-D

Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers

Fachbereich:

**Entwicklung Organisatorischer Konzepte
und Lösungen**

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Projekt 1

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon Bewerber/ _____
Unterauftragnehmer [EUR]: _____

Begründung *): _____

Projekt 2

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon Bewerber/ _____
Unterauftragnehmer [EUR]: _____

Begründung *): _____

Projekt 3

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon Bewerber/ _____
Unterauftragnehmer [EUR]: _____

Begründung *): _____

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Bewerbers darstellt!*

Formblatt F3-E

Referenzen des Bewerbers/Unterauftragnehmers

Fachbereich:

Betriebsorganisation, Betriebsführung

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Projekt 1	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 2	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

Projekt 3	
Projektname:	_____
Auftraggeber:	_____
Projektzeitraum:	_____
	Projektsumme [EUR]: _____
	davon Bewerber/
	Unterauftragnehmer [EUR]: _____
Begründung *):	

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Bewerbers darstellt!*

Formblatt F4-A

Referenzen des Fachpersonals

Fachbereich:

Projektmanagement, Projektabwicklung

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Name des Mitarbeiters: _____

Projekt 1

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 2

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 3

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Mitarbeiters darstellt!*

Formblatt F4-B

Referenzen des Fachpersonals

Fachbereich:

Projektfinanzierung

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Name des Mitarbeiters: _____

Projekt 1

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *): _____

Projekt 2

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *): _____

Projekt 3

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *): _____

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Mitarbeiters darstellt!*

Formblatt F4-C

Referenzen des Fachpersonals

Fachbereich:

**Entwicklung Technischer Konzepte und
Lösungen**

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Name des Mitarbeiters: _____

Projekt 1

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 2

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 3

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Mitarbeiters darstellt!*

Formblatt F4-D

Referenzen des Fachpersonals

Fachbereich:

**Entwicklung Organisatorischer Konzepte
und Lösungen**

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Name des Mitarbeiters: _____

Projekt 1

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 2

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 3

Projektname: _____

Auftraggeber: _____

Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____

davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Mitarbeiters darstellt!*

Formblatt F4-E

Referenzen des Fachpersonals

Fachbereich:

Betriebsorganisation, Betriebsführung

Name des Bewerbers/Unterauftragnehmers: _____

Name des Mitarbeiters: _____

Projekt 1

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 2

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

Projekt 3

Projektname: _____
Auftraggeber: _____
Projektzeitraum: _____ Projektsumme [EUR]: _____
davon für das Unternehmen, für das der Mitarbeiter tätig war [EUR]: _____

Begründung *):

*) *Begründen Sie, warum das angeführte Referenzprojekt ein besonders gutes Beispiel für die fachliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit des Mitarbeiters darstellt!*

Formblatt F5

ERKLÄRUNG DES BEWERBERS

(Bei Bewerbergemeinschaften von **jedem** Mitglied zu erklären!)

Wir erklären, daß

- wir zur Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen nach den in unserem/n Herkunftsland/ländern geltenden Bestimmungen berechtigt sind,
- wir die Informationen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Prüfung unterzogen haben und die zu erbringenden Leistungen sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen können,
- wir die Angaben wahrheitsgemäß gemacht haben,
- der Auftraggeber unter Wahrung der Vertraulichkeit diese Angaben überprüfen und erforderlichenfalls ergänzende Unterlagen anfordern kann.

Wir nehmen zur Kenntnis und akzeptieren, daß

- ein Bewerber vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bewerberauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben in den Formblättern und/oder den Anlagen als unrichtig erweisen.
- wir bei Nichtberücksichtigung der Bewerbung weder aus der Tatsache der Ausarbeitung der Bewerbung noch aus sonstigen Gründen irgendwelche Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber geltend machen können.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)

Formblatt F6

ERKLÄRUNG DER BEWERBERGEMEINSCHAFT

Die nachstehend aufgeführten Unternehmen der Bewerbergemeinschaft bestehend aus:

dem bevollmächtigten Vertreter

dem Mitglied

dem Mitglied

dem Mitglied

dem Mitglied

dem Mitglied

erklären,

daß alle Mitglieder gesamtschuldnerisch haften;

daß der bevollmächtigte Vertreter die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt;

daß der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu handeln;

daß der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft Zahlungen entgegenzunehmen.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift)